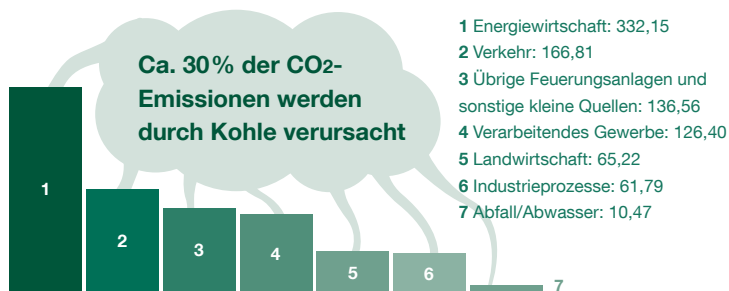


Raus aus der Kohle – aber wie?

→ Ab
Klasse 7

Wie kann der Kohleausstieg klima- und sozialverträglich gestaltet werden? Mit diesen Unterrichtsimpulsen können Sie die Debatte um den Kohleausstieg im Unterricht aufgreifen und erarbeiten, welche Positionen und Interessen sich in der Kohlekommission gegenüberstehen.

Klimakiller Braunkohle Der Energiesektor ist die größte Quelle von klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Ihre Schüler*innen finden für die Fakten aus der Grafik greifbare Vergleiche, passende Bilder oder einfache Worte und stellen diese auf einem Plakat dar. Beispiel: CO₂-Emissionen in Rauchwolken, die in ihren Größenverhältnissen den Daten entsprechen. Die entstandenen Plakate können in der Schule ausgestellt werden.



CO₂-Emissionen in Deutschland 2016 in Mio. Tonnen, Quelle: Umweltbundesamt

↪ Daten Treibhausgas-Emissionen: www.umweltbundesamt.de

> Themen > Klima / Energie > Treibhausgas-Emissionen

↪ Kohleatlas – Daten und Fakten über einen globalen Brennstoff: www.boell.de > Suche nach „Kohleatlas“

Konsens gesucht 31 Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Energieverbänden, Umweltverbänden und aus den Braunkohle-Regionen sitzen in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz: Kohlekommission. Sie hat die Aufgabe, ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, das den Kohleausstieg klima- und sozialverträglich regelt. Die Schüler*innen recherchieren im Internet zur Kohlekommission und notieren sich die drei ihrer Ansicht nach relevantesten Fakten und die dazugehörige Quelle. Anschließend sammeln sie die Informationen: Wer ist beteiligt? Was ist die Aufgabe und warum? Wie arbeitet die Kommission? Bis wann sollen Ergebnisse vorliegen?

Arbeitsblatt „Raus aus der Kohle – aber wie?“

Für Wissenschaft und Umweltverbände ist klar: Raus aus der Kohle – und zwar möglichst schnell. Energiewirtschaft und Gewerkschaften hingegen stellen Fragen nach Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und der Zukunft der Braunkohle-Regionen in den Mittelpunkt. Mit dem Arbeitsblatt erarbeiten die Schüler*innen unterschiedliche Positionen innerhalb der Kohlekommission.

Wer steht für was? Die Schüler*innen erarbeiten anhand der Zitate die unterschiedlichen Positionen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Energieverbänden, Umweltverbänden und Braunkohle-Regionen. Sie beantworten hierfür folgende Fragen: Wen vertritt die Person in der Kohlekommission? Welche Interessen werden im Zitat deutlich? Überlegen Sie anschließend gemeinsam, zwischen welchen Interessen es Konflikte geben könnte.

Was steckt dahinter? Als Argument gegen einen Kohleausstieg bis 2030 wird häufig der Verlust von Arbeitsplätzen angeführt. Diskutieren Sie mit den Schüler*innen: Wer benutzt dieses Argument? Welche Interessen könnten dahinter stecken? Wie beurteilen die Schüler*innen dieses Argument vor dem Hintergrund der Argumente von Wissenschaft und Umweltschutzorganisationen?

↪ Hintergrundinformationen und aktuelle Meldungen:

www.klimareporter.de > Suche nach „Kohlekommission“

↪ Mitglieder Kohlekommission: www.kommission-wsb.de

Wenn ich in der Kommission wäre ... Die Schüler*innen finden eigene Positionen zum Thema. Jede/r Einzelne verfasst ein Statement zu folgender Frage: Wie soll Deutschland aus der Energiegewinnung durch Braunkohle aussteigen? Vorher können Sie gemeinsam Adjektive sammeln: unverzüglich, sozialverträglich, behutsam, konsequent, notwendig, kompromisslos, ... Die Schüler*innen kommunizieren anschließend ihre Position öffentlichkeitswirksam, z. B. als Videokommentar oder politisches „Visual Statement“ über Social Media oder die Schul-Website. Das Veröffentlichen kann anonym erfolgen, indem Gesichter unkenntlich gemacht und/oder Namen nicht genannt werden.

↪ YouTube-Channel zur Inspiration für politische Videokommentare: www.youtube.com > Suche nach Moritz Neumeier

↪ Inspiration für die Gestaltung von „Visual Statements“: www.visualstatements.net

Es geht um mehr als Bäume Die Ereignisse im Hambacher Forst machen den Konflikt um den Kohleausstieg deutlich. Sie gehen mit einer starken Mobilisierung über soziale Medien einher. Die Schüler*innen erstellen in Gruppen mithilfe von Bildschirmfotos Collagen zur Kommunikation über Twitter zu den Hashtags *#hambibleibt* und *#HambacherForst*. Diskutieren Sie mit den Schüler*innen: Decken sich die Argumentationen und Konfliktlinien mit denen in der Kohlekommission? Wie beeinflussen die Ereignisse die Arbeit der Kommission und wie reagieren deren Mitglieder? Ergänzend zur Kommunikation über Twitter können Presseinformationen von RWE, Gewerkschaften und Umweltverbänden gesichtet und in die Collagen integriert werden. Auf den Collagen sollten die Absender vermerkt sein.

↪ Hintergrundinformationen zum Hambacher Forst: www.youtube.com > Suche nach „Das ist der Konflikt am Hambacher Forst“, www.greenpeace.de > Suche nach

„Mutwilliger Zerstörungsakt“

↪ www.google.com > Suche nach „Twitter #hambibleibt“ und „Twitter #hambacherforst“

↪ Talkshow „maybrit illner“ vom 20.9.2018: www.zdf.de > Suche nach „Teurer Strom, billige Ausreden – scheitert die Energiewende?“ (Video verfügbar bis 20.12.2018)

Raus aus der Kohle – aber wie?

WISSENSCHAFT



Prof. Hans Joachim Schellnhuber
**Direktor des Potsdam-Instituts für Klima-
folgenforschung (PIK)**

„Allen Beteiligten und Betroffenen dort sollte eigentlich klar sein, dass die Epoche der Braunkohle unweigerlich zu Ende geht und ein Strukturwandel unvermeidbar ist. Es sei denn, man ignoriert alle Signale, bis der Letzte das Licht ausmacht. Wenn wir global das Pariser Abkommen tatsächlich umsetzen wollen, muss die Kohleverstromung 2030 enden.“

Interview mit dem Tagesspiegel, 24.8.2018 | Foto: Simon Bierwald/INDEED

KOHLE-GEWERKSCHAFT



Michael Vassiliadis
**Vorsitzender der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie**

„Die Braunkohle-Kumpel wissen, dass die Kohle irgendwann ausläuft. Aber wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass in den Revieren investiert wird – und zwar nicht in irgendwelche Nagelstudios oder Import-Export-Geschäfte, sondern in gute Industriearbeit. (...) Ich finde es aber gut und richtig, dass die Kommission nicht mit der Frage des Ausstiegs aus der Kohle beginnen will – sondern dass wir uns zunächst die Frage stellen, was das eigentlich für die Energieversorgung und die betroffenen Regionen bedeuten würde.“

Deutsche Presse-Agentur, 6.6.2018 | Foto: Helge Krueckeberg (CC BY-SA 3.0), Wikimedia Commons

UMWELTSCHUTZ- ORGANISATION



Martin Kaiser
**Geschäftsführer von Greenpeace
Deutschland**

„Alte Braunkohlekraftwerkblöcke müssen rasch gedrosselt oder heruntergefahren werden, damit Deutschland seine Klimaziele 2020 erreicht. Das geht, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden!“ „Ein schneller Ausstieg aus der Kohle bis 2030 ist wichtig, um unser Klima zu schützen. Kein Land auf der Welt verbrennt derzeit mehr klimagiftige Braunkohle als Deutschland.“

Presseerklärung von Greenpeace, 17.9.2018 / Interview Greenpeace, 29.8.2018
Foto: Daniel Müller/Greenpeace

BÜRGERSCHAFT



Antje Grothus
**Vertreterin der Bürgerinitiative
„Bürger für Buir“**

„Der Kohleausstieg muss sozial verträglich sein – aber das darf man doch nicht nur auf die Arbeitsplätze beziehen. Für die Anwohner ist die Kohleförderung noch nie sozial verträglich gewesen. Und jeder weiß, dass die sicheren, zukunftsfähigen Arbeitsplätze nicht in der Kohle liegen. Wer den Menschen etwas anderes sagt, belügt sie.“

Interview mit der ZEIT, 7.9.2018 | Pascal Amos Rest/Greenpeace

STROMINDUSTRIE



Stefan Kapferer
**Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der
Energie- und Wasserwirtschaft**

„Für uns ist dabei entscheidend, dass neben den Themen Klimaschutz und regionale Strukturpolitik auch die Auswirkungen auf die gesicherte Versorgung und die Bezahlbarkeit von Strom mit behandelt werden. Unerlässlich ist außerdem, dass jede von der Strukturkommission gefundene Lösung die energiewirtschaftlichen Notwendigkeiten erfüllt und die Eigentumsrechte betroffener Unternehmen nicht verletzt.“

Presseinformation Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, 6.6.2018
Foto: BDEW/Farys



Die Kohlekommission:

31 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Energieverbänden, Umweltverbänden und aus den Braunkohle-Regionen